Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0243/18

Titel

Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 2328/17 - Grundsatzbeschluss zur Gründung des Eigenbetriebes Schulen als Sondervermögen der Landeshauptstadt Erfurt

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Die Veräußerungen von Beteiligungen bedarf im Einzelfall der Entscheidung durch den Stadtrat, so dass der Stadtrat jederzeit Herr des Verfahrens ist. Der Beschlussvorschlag entfaltet mangels Außenwirkung und Umsetzbarkeit keinerlei Rechtswirkung, da der Stadtrat jederzeit im konkreten Einzelfall anders entscheiden kann. Es geht keine Bindungswirkung von dem Beschluss aus!

Im Übrigen handelt es sich um eine Frage politischer Prioritätensetzung. Diese Priorisierung setzt das Abwägen bestimmter Präferenzen, Ziele und Ansprüche gegeneinander voraus. Es ist eine politische Entscheidung des Stadtrates, an welcher Rangfolge er den Schulbau in der Prioritätenreihenfolge setzt, welche Bedeutung er dem Schulbau, der Schulsanierung und der Schulunterhaltung beimisst. Im Rahmen dieser Priorisierung muss auch die Entscheidung über die Finanzierung des Schulbaus fallen. Bisher steht die Stadt Erfurt erst am Anfang des Diskussions- und Entscheidungsprozesses. Eine Festlegung bezüglich der Finanzierung sollte erst nach Feststellung aller Sachverhalte und Tatsachen, nach ausgiebiger Diskussion und am Ende des Prozesses stehen.

Anlagen

gez. Linnert

Unterschrift Beigeordneter

30.01.2018

Datum